

Der folgende Artikel erschien in der Märzausgabe der „Lutte de Classe“ – der Monatszeitschrift der französischen trotzkistischen Organisation Lutte Ouvrière. Wir haben die deutsche Übersetzung sprachlich leicht überarbeitet und an wenigen Stellen Informationen ergänzt, um mehr auf Leser in Deutschland einzugehen. An den politischen Aussagen haben wir nichts geändert, da wir voll mit ihnen einverstanden sind.

Sozialistische Arbeiterstimme

13. Mai 2010

Spekulation auf Staatsschulden und Währungen... Es droht eine neue, noch ernstere Krise

Seit diesem Winter versinkt die Welt in einer neuen Krise. Oder genauer gesagt, in einer weiteren Phase einer sich vertiefenden Krise, während die Geschwindigkeit zunimmt, in der sich neue spekulative „Blasen“ bilden.¹

Die Alarmglocken schrillten zuerst in Athen. Aber es bedurfte nur weniger Wochen, bis sich zeigte, dass die Situation Griechenlands mit dessen explodierender Staatsschuld² und die Spekulation, die davon lebt, dass sie die Kassen des griechischen Staates leert, kein Einzelfall mehr ist. Das Feuer der Spekulation hatte schon Spanien und Portugal erfasst, deren Zahlungsunfähigkeit öffentlich diskutiert wird.³ Dann kamen Italien, Irland und andere Mitglieder der Eurozone an die Reihe.⁴ Und auch über die Staatsverschuldung und Defizite Frankreichs wurde diskutiert. Die finanzielle Lage der Mehrheit der Staaten der Eurozone ist so angespannt, dass immer öfter der Staatsbankrott Griechenlands und gar der Zusammenbruch der Eurozone unter dem Druck der Spekulation und des Egoismus ihrer mächtigsten Staaten in Betracht gezogen wird. Ein Szenario, das lauten könnte: „am Tag, wo der Euro explodierte“, wie im Figaro-Artikel vom 19. Februar geschrieben wurde.

Aber die Eurozone ist nicht die Einzige, der der Finanzsturm übel mitspielt. Mitte Februar musste die britische Regierung einräumen, dass sie sich 4,3 Milliarden Pfund Sterling leihen muss, während sie noch im letzten Jahr in vergleichbarer Situation einen Überschuss von 5,3 Milliarden erzielt hat. Diese Ankündigung reichte schon, dass das Pfund auf den Devisenmärkten fiel.

Die „Märkte“ - in der Sprache der Politiker und der Massenmedien nur eine blumige Umschreibung, um nicht von Spekulanten reden und Banken nicht beim Namen nennen zu müssen - hatten diese

¹ Blase: massiver, durch Spekulation bedingter Preisanstieg von Immobilien, Rohstoffen, Devisen, Aktien „innovativ“ genannter Sektoren („neue Technologien“, Internet, usw.). Wenn einmal in Gang gebracht, scheint die „Blase“ sich von sich selbst zu ernähren, bis sie platzt.

² Staatsschuld: der im Laufe der Jahre angehäuften Betrag, den ein Staat sich durch Anleihen, Schatzanweisungen und anderen Wertpapiere verschafft hat, um die Staatsausgaben seines Budgets zu decken, wenn die Einnahmen nicht reichen; beispielsweise in Deutschland die zusammengefassten Schulden von Bund, Ländern, Kommunen, gesetzlicher Sozialversicherung und Sondervermögen des Bundes. Laut Deutscher Bundesbank erreichten die öffentlichen Schulden Deutschlands Ende 2009 einen Betrag von 1.762 Milliarden Euro.

³ Zahlungsunfähigkeit eines Staats: Ein Staat, dessen Kassen leer sind, erklärt, nicht mehr an seine Gläubiger zurückzahlen zu können. Damit erreicht er, dass internationale Finanzorganisationen, wie der Internationale Währungsfond (IWF), ihm Kredite geben. Diese fordern dafür die Durchführung einer „Anpassungspolitik“, also entsprechende Opfer von der Bevölkerung, und die Abwertung der Währung. Beispiele sind Russland 1998, Argentinien 2001, Island Ende 2008, Dubai Ende 2009.

⁴ Eurozone: Das sind die 16 europäischen Länder, die den Euro als gemeinsame Währung haben.

Meldung sofort als ein Misstrauenssignal hinsichtlich des Pfundes gedeutet. Dann haben sie auf einen Kursabfall gesetzt, und die Finanzleute und Spekulanten haben massenhaft das britische Pfund verkauft. Das hat die Bank von England ihrerseits dazu gezwungen, die Zinsen für ihre Staatsobligationen⁵ zu erhöhen. In letzter Zeit hatten die Banken ein solches Manöver mit demselben Ziel schon erfolgreich gegen Griechenland benutzt und Gewinne gemacht, indem sie gegen die Währung eines Staates mit hohen Schulden gewettet hatten. Wird die Spekulation gegen Großbritannien da aufhören? Jedenfalls, wenn die durchaus seriöse französische Wirtschaftszeitung Les Echos zitiert: „Pimco, einer der größten Investoren in Staatsschulden, sagt, das Vereinigte Königreich habe seine Schatzanweisungen auf einem Bett von Nitroglyzerin ruhen“, dann können Spekulanten die Möglichkeit sehen, diese Bank mit Gewinn zu „sprengen“!

Und dann sind da noch die USA, die stärkste Wirtschafts- und Finanzmacht der Welt, deren Staatsverschuldung (12.000 Milliarden Dollar) den Weltrekord in allen Kategorien hält. Wenn derzeit der Dollar die Schwäche der anderen Devisen ausnützt, dann gibt es aber auch keine Garantie, dass der Dollar nicht seinerseits zum Ziel einer Spekulation „auf das Sinken“ des Dollars werden könnte.⁶ So schließen Ratingagenturen⁷ in Anbetracht des Umfanges der amerikanischen Defizite nicht aus, den USA die Bestmarke „AAA“ zu entziehen, die einen Staat als einen der sichersten Schuldner bezeichnet. Wie dem auch sei, die amerikanische Zentralbank FED nimmt diese Drohung ernst. Sie hat ihren Diskontsatz⁸ gerade erhöht, um den Kapital-Besitzern zu signalisieren, dass sie unrecht hätten, gegen den Dollar zu spielen, weil ihr Geld, in Dollar auf die USA gesetzt, mehr einbringt als vorher, und mehr als anderswo. Wird sie das befriedigen? Für wie lange? Das sind andere Fragen.

Die Staaten haben sich verschuldet, um ihre Banker zu retten...

In den letzten Monaten, in denen die Chefs der Großmächte wiederholten, dass die Finanzkrise von 2008 immer mehr der Vergangenheit angehört, entwickelte sich eine neue „Blase“. Und diese Spekulation zielt sich auf die Staatsschulden, die seit 2008 überall gewaltig zugenommen haben. Daher droht eine Reihe von Bankrotten, die wie ein Wasserfall eine große Zahl von Ländern, die reichsten und wirtschaftlich am höchsten entwickelten eingeschlossen, mitzureißen droht.

Rückgang des Eurokurses, beginnende Destabilisierung der Eurozone: Die Euro-Staaten erachteten die Situation immerhin als so beunruhigend, um im Februar mindestens zwei dringende Konferenzen „der Siebenundzwanzig“, diesem Problem zu widmen. Aber was kann dabei schon rauskommen, außer weiteren Opfern für die Bevölkerungen, die die Staaten, und nicht nur der griechische,

⁵ Staatsobligation: durch einen Staat ausgestellter Schuldschein mit festem Zinssatz und im Voraus festgelegter Fälligkeit. Diese Wertpapiere sind wie Staatsanleihen und Schatzanweisungen gesucht, weil reiche Staaten von „Investoren“ als die sichersten Schuldner angesehen werden.

⁶ Spekulation auf eine Baisse: Finanzoperation, die darin besteht, eine Währung z.B. Dollar teuer zu verkaufen - wenn andere Spekulanten das Gleiche tun, verursacht das den Sturz dieser Devisen - und gleichzeitig den Auftrag geben, dieselbe Währung später wieder billig zu kaufen, wenn ihr Kurs gesunken ist. Das Ziel ist, den Unterschied, also die Währungsschwankung, profitabel einzustreichen.

⁷ Ratingagenturen: Sie behaupten, das Risiko einer Geldinvestition zugunsten der Spekulanten einschätzen zu können. Mit ihren Ratings geben sie das Risiko einer Geldanlage in Staaten oder Unternehmen an. Das beeinflusst den Zinssatz, den die Staaten oder Unternehmen an die Spekulanten für Schulden zahlen müssen.

⁸ Diskontsatz: Zinssatz, zu dem eine Bank Wertpapiere an die Zentralbank verkaufen kann. Damit kann sie sich kurzfristig verfügbares Geld verschaffen. Ist auch der Zinssatz für kurzfristige Kredite. Der Leitzinssatz im Euroraum beträgt zur Zeit 1,0%.

portugiesische oder spanische, im Namen der Verringerung der öffentlichen Schulden durchsetzen? Nichts! Aus einem sehr einfachen Grund: Heute wie gestern sind die Herrschenden nicht in der Lage, auch wenn sie es wünschten, ihr eigenes System, das kapitalistische System, zu beherrschen. Es ist ein System, in dem das Finanzmilieu mit den Bevölkerungen und den Staatsschulden ebenso locker zockt, wie ein Lottospieler, den Lottoschein ausfüllt. Aber wenn das Ergebnis des Lottospiels das Leben anderer kaum beeinflusst, kann die Spekulation auf die Staatsschulden die Lebensbedingungen ganzer Bevölkerungen im Feuer der Spekulation dramatisch verschlimmern. Auf der einen Seite verelenden ganze Länder – auf der andere werfen Bankiers, Trader⁹ und Fonds-Manager an einem einzigen Tag zig Milliarden in die Spekulation. Und währenddessen fehlt den Regierungen das Geld, um für menschenwürdige Unterkunft, für öffentliche Dienste, Renten, für Erziehung, usw. zu sorgen.

Sie setzen zwar immer härtere Sparpläne gegen die Bevölkerungen durch. Doch den europäischen und anderen Regierungschefs bleibt nur übrig, zu versuchen, sich durch zu lavieren, wenn ein neuer durch die Spekulation verursachter Sturm entsteht, ohne dass jemand vorhersagen kann, welchen Umfang er annehmen wird. Und selbst diese Regierungs- und Staatschefs, deren Augen ausschließlich auf die Interessen der einzigen Klasse gerichtet sind, der sie dienen, beschworen noch kürzlich, dass die Krise beendet sei. Dies aus dem einzigen Grund, weil die Gewinne der Banken nach dem Einbruch des internationalen Finanzsystems von 2008 wieder zu strömen anfangen, während Fabrikschließungen und Entlassungen nicht nur nicht aufhörten, sondern rasant zunahmen. Aber sogar bei den Spitzen des politischen Personals des Bürgertums hat sich der Ton seit einigen Wochen verändert. Es ist nicht mehr die Zeit so zu tun, als lief alles gut, während sich eine neue Krise weniger als zwei Jahre nach derjenigen von 2008 zusammenbraut. Und diese nimmt ein solches Ausmaß an, dass der Leitartikel der Wirtschaftszeitung Les Echos, die überhaupt nicht im Verdacht steht, Systemgegnerin zu sein, kürzlich behauptete, es handele sich um „die dritte Krise, die wahre Krise“!

... die jetzt mit den Staatsschulden spekulieren

2007 hatte die Spekulation um die „subprimes“¹⁰ mit ihren „Derivaten“¹¹ zu einer weltweiten Finanzkrise geführt. Zuerst waren die USA betroffen. Die anderen Länder folgten, weil ihre Banken ebenfalls vollgestopft waren mit diesen „Derivaten“, die hinterher als „toxisch“ bezeichnet wurden. Auf der ganzen Welt gab es Banken, deren Wertpapierbestände vor Finanztiteln überquollen, die absolut nichts mehr wert waren, ohne dass die Direktoren dieser Banken wussten, welche ihrer

⁹ Trader: englisch für Händler; bezeichnet hier den Angestellten einer Bank oder eines Wertpapierfonds, der zugunsten dieser Einrichtung bzw. ihrer Aktieninhaber und Kunden spekuliert.

¹⁰ Subprimes: zweitklassige Darlehen; bezeichnet beispielsweise Hypothekendarlehen, die auf die Immobilie eines nicht zahlungskräftigen Kreditnehmers vergeben werden. Sie werden mit einem im Laufe der Zeit veränderlichen Zinssatz abgeschlossen, weshalb sie für den Kreditnehmer sehr risikoreich sind. In jedem Fall sind die Zinsen wegen des Risikos, dass das Darlehn nicht zurückgezahlt werden kann, besonders hoch.

¹¹ Derivate: tauchten in den achtziger Jahren als Finanzinstrumente für spekulativen Geschäfte auf. Ihr Preis oder Wert hängt von den Kursen oder Preisen anderer Handelsgüter (zum Beispiel Rohstoffe), Aktien oder vom Eintreten eines Ereignisses wie zum Beispiel eines Staatsbankrotts ab. Diese Finanzinstrumente haben sich enorm vermehrt und auf alle Gebiete der Spekulation ausgedehnt: Immobilien, Rohstoffe, landwirtschaftliche Produkte, Devisen, Versicherungsgesellschaften, usw. Es gibt sogar einen blühenden Markt von Derivaten, deren Kurse abhängen... von anderen Derivaten.

Wertpapiere und Finanztitel usw. noch „gesund“ oder nicht schon von „toxischen“ Titeln angesteckt waren. Seit Jahren hatte das Bankgeschäft darin bestanden, Finanztitel mit sehr hohen Risiken mit anderen völlig unentwirrbar zu vermischen.

Um diese Banken, und weit darüber hinaus ganze Sektoren der Wirtschaft zu retten, gewährten die Staaten ohne Zögern, tausende Milliarden Dollar, Euro, Pfunde, Yen, usw., die sie aus den Staatskassen schöpften. Darüber hinaus kauften z.B. in den USA staatliche Finanzinstitute für 1.450 Milliarden Dollar „faule“ Finanztitel und Kredite auf.

Selbst beim besten Willen könnten die Staaten und ihre Zentralbanken die Finanzspekulanten und Bankiers nicht von allen „faulen“ Obligationen, die ihre Konten lahmlegten, wirklich befreien. Es gab viel zu viele davon. Und dann hatte die spekulative Fäulnis mehr oder weniger alle Sektoren des Weltfinanzsystems angesteckt. Aber schon dadurch, dass sie nur behaupteten, die Handlangerdienste wirklich machen zu wollen, schaffte es die Regierungen der ganzen Welt – wenn auch nur teilweise – das Vertrauen der Märkte wieder herzustellen.

Das ist es, was fehlte, das Vertrauen in die Märkte. Weil eben dieses allgemeine Misstrauen die ganze Finanzmaschinerie verklemmte. Das Versagen gewisser Kreditnehmer, einschließlich Banken erster Ordnung wie Lehman Brothers, und die Unmasse der im Verkehr befindlichen faulen Titel bewirkten, dass Banken und Finanzinstitute im Laufe einiger Wochen aufgehört hatten, sich gegenseitig und den Unternehmen Geld zu verleihen.

Das hatte zu einer Weltkrise der Barmittel¹² geführt. Nicht weil es in der Welt an Barmitteln gefehlt hätte, sondern weil es viel zu viel davon gab. Auf Grund dieser Tatsache versiegten die üblichen Finanzkreisläufe und lieferten kein Geld mehr für den realen Wirtschaftskreislauf und drohten die Weltwirtschaft lahm zu legen.

Die Staatsschuld und ihre Rolle

Phantastische, unvorstellbare Summen wurden an Banken, Versicherungsgesellschaften und große Industrieunternehmen verschenkt, oder zu einem Zinssatz geliehen, der an Null grenzte, und weit unter der Inflationsrate lag. Das alles wurde präsentiert als „Wieder-in-Gang-setzen“ des gesamten Wirtschaftsapparates.

Aber was die Regierungen wie einen geschickten „Ausweg aus der Krise“ anpriesen, war tatsächlich nur eine „Lösung“, um ihren Finanzleuten aus der Patsche zu helfen, in die sie sich selbst hinein gebracht hatten und in die sie die ganze Erde hineingezogen hatten. Und diese Hilfen enthielten alle Elemente einer neuen Krise. Eine ernstere tiefere Krise, als diejenige, aus der die Regierungschefs der Großmächte angeblich ihre Länder gerettet haben.

Es ist gerade dieser Überfluss an den Kapitalisten von den Staaten zur Verfügung gestellten Kapital, was die Ursache der gegenwärtigen Krise ausmacht, und die kommende Krise nährt. Sie erscheint spiegelbildlich im Minus, in den Zahlen der öffentlichen Defizite von Griechenland, den USA usw.

¹² Barmittel: nicht nur das Geld im strengen Sinn, sondern auch alle verfügbaren Zahlungsmittel, einschließlich jeglicher Art von Schuldtiteln oder anderen Spekulationsprodukten.

Astronomischen Summen können die Spekulanten und Finanzleute in die Spekulation gegen Devisen und Staatsschulden werfen. Summen, die der Mehrheit der Staaten fehlen. Um die Liquiditätskrise auszugleichen, hat der amerikanische Staat 1.000 Milliarden Dollar in die Wirtschaft gepumpt, durch quasi zinslose Kredite von den Zentralbanken. Dieser Zinssatz soll nach Aussage des FED-Vorsitzenden, Ben Bernanke, gerade „der Wirtschaft gegenüber sehr verträglich bleiben“.

Ihren Bankiers und Spekulanten gegenüber „verträglich“ zu sein, damit stehen die anderen Staaten Washington in nichts nach. Man schätzt, dass die bedeutendsten Regierungen der Europäischen Union 2008-2009 durchschnittlich 8 % bis 10 % ihres Bruttosozialprodukts (BIP) an Staatshilfe ihren Kapitalisten spendiert haben, „um der Wirtschaft zu helfen“.

Man weiß, wie die griechische Regierung in der Eurozone, besonders von ihren deutschen und französischen Partnern, an den Pranger gestellt wurde, weil die griechische Staatsschuld 227 Milliarden Euro erreichte. Doch nehmen wir zum Beispiel Frankreich. Frankreichs Staatsschulden betragen mehr als das Sechsfache derjenigen von Griechenland, denn Frankreichs Staatsschulden betragen mehr als 1.500 Milliarden Euro. Und die sieben reichsten Länder der Welt, die G7 (USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Kanada und Italien), haben zusammen 22.000 Milliarden Euro Staatsschulden. Das ist fast einhundert Mal mehr, als die von Griechenland, von dem man sagt, es sei dem Staatsbankrott¹³ nahe, der die ganze Welt mitreißen könnte!

Auch das Verhältnis¹⁴ zwischen öffentlichen Schulden und Bruttosozialprodukt (BIP) liegt bei Griechenland durchaus in vergleichbarer Größenordnung mit anderen Ländern. Der Durchschnitt bei den G20 (den zwanzig mächtigsten Ländern der Welt) liegt in diesem Jahr auch über 100 %.

Die sehr reale Drohung eines durch Staatsverschuldung verursachten Weltkrachs kommt nicht aus Griechenland, wie man uns weismachen will. Die Ursache liegt darin, dass die Staaten, und in erster Linie die wichtigsten imperialistischen Mächte, ihre Staatshaushalte geplündert haben, um ihre Kapitalisten zu retten.

Staatsverschuldung gibt es nicht erst seit gestern, sondern seitdem die Kapitalisten ihre Macht in Europa und in Nordamerika gefestigt haben. Im 19. Jahrhundert war die Staatsschuld immer ein Mittel für den Staat, mittels Staatspapieren den guten Geschäftsgang der Besitzer von Kapital zu unterstützen, und die Rechnung den arbeitenden Klassen und den Ausgebeuteten zu präsentieren. Deshalb hat seit 1880 eine der ersten sozialistischen Parteien Europas, die Französische Arbeiterpartei, in ihrem von Jules Guesde in enger Zusammenarbeit mit Karl Marx ausgearbeiteten Programm gleich an dritter Stelle ihrer Sofortforderungen „die Abschaffung der Staatsschuld“ gestellt.

Jahr für Jahr hat das Haushaltsdefizit die Staatsschulden drückender gemacht. Aber je mehr die

¹³ Staatsbankrott (auch Staatsinsolvenz): die förmliche Erklärung einer Regierung, fällige Forderungen nicht mehr oder nur noch teilweise erfüllen zu können, oder die faktische Einstellung fälliger Zahlungen.

Obligationszusammenbruch: brutaler Einbruch der Preise von Staatsobligationen, der im Allgemeinen durch Spekulation verursacht ist, die darauf gewettet hat, dass ein Staat sein Geld abwerten wird - oder auf „Derivatprodukte“ in der erwarteten Zahlungsunfähigkeit eines Staats. Hier könnte durch einen Domino-Effekt (besonders in der Eurozone) ein Weltkrach hervorgerufen werden.

¹⁴ Das Verhältnis von Staatsschuld und Bruttoinlandsprodukt (BIP) darf nach den Maastrichtkriterien der EU 60 % nicht überschreiten.

Staatsschuld ansteigt, desto mehr muss sich der Staat an die „Märkte“ wenden, um seine Ausgaben zu finanzieren oder um einfach nur die Zinsen der Staatsschuld zu bezahlen, die sich alle sieben bis zehn Jahre verdoppelt.

Der zweite Posten im Budget des französischen Staats, genau nach demjenigen des nationalen Bildungswesens, ist die Schuldentilgung geworden. Sie beträgt mehr als 42 Milliarden Euro pro Jahr. Mit anderen Worten verschlingen diejenigen, die dem französischen Staat Geld geliehen haben, jedes Jahr das Äquivalent dessen, was die gesamte Einkommenssteuer beträgt. Und das im fünf-treichsten Land der Welt! Der Bundeshaushalt Deutschlands plant für 2010 Zinszahlungen von 36,7 Milliarden Euro ein – nicht dabei sind die exorbitanten Zinszahlungen der Bundesländer und Gemeinden. Mehr als 11% der Ausgaben des Bundes sind Zinszahlungen an Banken und andere Finanzleute! Und nicht einmal sicher ist, dass es bei dieser Summe bleiben wird.

Verrückte Welt, doch noch handelt es sich um das normale Funktionieren eines Systems, wo für die Kapitalisten die Plünderung des Staatshaushaltes mit Hilfe der Regierung zur täglichen Routine gehört. Nach 2008, als die Finanzkrise die ganze Welt erschüttert hat, hat sich dieses Verfahren ein wenig geändert: Das Geld, das die Staaten praktisch kostenlos den Finanzleuten lieferten, kehrt nun als Bumerang zurück und erschüttert die Staaten in Form der Spekulation auf ihre Staatsschulden.

Hinter den „Kapitalmärkten“ stecken die großen Banken

Kürzlich beklagte sich José Socrates, „sozialistischer“ Premierminister Portugals, in der französischen Zeitung Libération, von Spekulanten ins Visier genommen zu sein. Er klagte über ihre Angriffe, und erklärte, „dass unser Defizit gesunken ist, weil wir eine etatmäßige Anstrengung gemacht haben, um unserer durch die Weltkrise erschütterten Wirtschaft zu helfen“. José Socrates mag den Mangel an Dankbarkeit derjenigen, denen er geholfen hat, beklagen. Es gibt jedoch wenig Chancen, dass sie das davon abhalten wird, die Hand zu beißen, die sie gefüttert hat. Selbst dann, wenn er im Begriff ist, noch mal zu „helfen“. In demselben Interview prahlte er, frühere Defizite von 2005-2007 reduziert zu haben, was nur durch Kürzung von Sozialleistungen und anderen Ausgaben für die Bevölkerung möglich ist. Und so hat er hinzugefügt: „Ich weiß, wie man es macht, und ich bin bereit, es wieder zu machen.“ Das ist sein ganzes Programm – gerichtet gegen die Bevölkerung! Und er ist sicherlich nicht der Einzige seiner Art, der bereit ist, dieses Programm anzuwenden. Wenn schon Griechenland, Spanien und Portugal - alle drei geführt von „sozialistischen“ Regierungen - drakonische Sparpläne auf Kosten ihrer Bevölkerungen geschmiedet haben, so könnten auch andere Länder, um die es ebenfalls manchmal in den Massenmedien geht (Italien, Irland, Großbritannien, Frankreich, USA, um nur einige zu zitieren) ebenfalls unter dem Druck der „Kapitalmärkte“ zu solchen Maßnahmen greifen.

Tatsächlich findet sich hinter dieser absichtlich abstrakten Bezeichnung „Kapitalmärkte“ die Mehrheit der großen Banken, bankgeschäftlichen Einrichtungen und ihre Tochterfirmen oder in Industrieunternehmen eingesetzte Abteilungen, zu deren einträglichsten Tätigkeit die Spekulation geworden ist. Der Begriff „Kapitalmärkte“ ist nur ein Pseudonym, unter dem sich gut bekannte Unternehmen verstecken, um Staaten und deren Bevölkerungen auszuplündern.

Ein Beispiel ist die amerikanische Goldman Sachs, die weltweit führende Geschäftsbank, die das Platzen der „Blase“ der Immobilienkredite in den USA genutzt hat, um Konkurrenten zu beseitigen oder diese aufzukaufen und gleichzeitig riesige Dividenden einzustreichen. Sie ist in die öffentliche Kritik geraten, weil sie in der griechischen Krise auf mehreren Seiten gleichzeitig spielte: als Ratgeberin der griechischen Regierung bei ihrer Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten und als einer der größten Nutznießer des Finanzsturmes, der die griechischen Finanzen wegen vieler ihrer spekulativen Fonds schüttelt. Ende Januar hatte Goldman Sachs an die „Bibel“ der internationalen Geschäftswelt, die Financial Times, unwahre Informationen weitergegeben. Goldman Sachs behauptete, Griechenland wäre daran gescheitert an China 25 Milliarden Dollar Staatsobligationen zu verkaufen. Die griechische Regierung mochte dementieren wie sie wollte, aber allein die Veröffentlichung dieser „Nachricht“ war ein neuer Schlag gegen die Glaubwürdigkeit und Kreditwürdigkeit des griechischen Staats bei den internationalen Geldleihern. Und die nutzten diese Situation aus, um die Zinsen für Staatsanleihen¹⁵ kräftig anzuheben. Mit Hilfe von Tochterfirmen und Hedge-Fonds¹⁶ angelte Goldman Sachs ein Milliardenpaket für sich selbst und seine Kunden, ohne dass es sie irgendwas anderes gekostet hätte, als eine Falschmeldung verbreitet zu haben. Außerdem konnte man gerade hören, dass dieselbe Geschäftsbank 2002 der damaligen griechischen Regierung geholfen hat, einen Teil ihrer Staatsschulden zu tarnen, um die Maastricht-Kriterien¹⁷ zum Beitritt in die Europäische Union zu erfüllen. Nicht nur nutzte Goldman Sachs dies aus, um für diesen Dienst – nämlich eine von zehn Milliarden zu tarnen - ca. 300 Millionen Dollar einzustreichen. Gleichzeitig erhielt die Bank dort detaillierteste Kenntnisse vom wirklichen Zustand der griechischen Staatsfinanzen - ein wertvoller Vorteil für den, der mit den Finanzierungsbedürfnissen dieses Staates spekuliert (und mit Italien zum Beispiel hat Goldman Sachs ebenso gehandelt).

Die Empörung der Regierungschefs und Präsidenten der wichtigsten Mächte der Eurozone und ihre Forderung an Griechenland (aber nicht an Goldman Sachs!), dass es sich über diese Tatsachen „erklärt“, ist ein Beispiel der übelsten Heuchelei. Erstens haben Deutschland und Frankreich ebenfalls einen Teil ihrer Defizite bei vielen Gelegenheiten verborgen.¹⁸ Zweitens wissen diese zwei Staaten und ihre Banken seit langem von den griechischen Schulden.¹⁹ Aus einem einfachen Grund: Französische und deutsche Banken, an erster Stelle die Dresdner Bank und die Crédit Agricole, besitzen allein 30 % der gesamten griechischen Staatsschuld.²⁰

¹⁵ Die griechische Regierung soll einen Zinssatz von 6,7 % auf Staatsobligationen für zehn Jahre zahlen.

¹⁶ Hedge-Fonds: von engl. to hedge = absichern, einer der Haupttypen spekulativer Fonds, bieten die Chance auf sehr hohe Renditen und tragen entsprechend ein hohes Risiko.

¹⁷ Maastricht-Kriterien: maximale Inflation 2 %, Staatsschuld maximal 60 % des Bruttoinlandsproduktes und öffentliches Defizit maximal 3 % des Bruttoinlandsprodukts

¹⁸ Ein Beispiel der letzten Monate: Die Regierung Fillon hat Teile der französischen Staatsschuld für dieses Jahr aus dem Haushalt „herausgenommen“: die 35 Milliarden der „Sarkozy-Anleihe“! Der deutsche Bankenrettungsfonds Soffin mit seinen Garantien und Krediten von 400 Milliarden Euro taucht ebenfalls nicht im Bundeshaushalt auf. Und gerade sickerte durch, dass im Bundesfinanzministerium Pläne existieren, einen Milliardenzuschuss an die Bundesagentur für Arbeit als „Darlehn“ zu deklarieren... und das Geld nie zurückzufordern. Durch diesen Buchungstrick auf dem Papier steigt das Defizit ebenfalls nicht weiter an.

¹⁹ Um sich dem Risiko seiner Operation von 2002 mit dem griechischen Staat zu entziehen, hatte sich Goldman Sachs an einen deutschen Spezialisten für „Risiko-Staats-Investition“ der Bank Depfa gewandt.

²⁰ Von einer griechischen Staatsschuld im Wert von 252 Milliarden Dollar besitzen die französischen Banken 75 Milliarden, die deutschen Banken 43 Milliarden. Dieselben Banken besitzen Titel von Staatsschulden in ganz Südeuropa mit einem sechsfachen Betrag.

Während des Treffens der EU- Chefs wegen der griechischen Krise und des Risikos für die Europäische Union, dass sie sich auf andere Länder ausdehnt, haben Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy im Namen der beiden „Schwergewichte“ der Eurozone Wert darauf gelegt, gemeinsam in einer Pressekonferenz ihre Unterstützung für den „Anpassungsplan“ Griechenlands zu erklären. Sie bekräftigten öffentlich, dass die Staaten der Europäischen Union und der Eurozone als gleich gelten, es aber zweifellos andere gibt, die „gleicher“ sind...

Merkel und Sarkozy spielten ihre Rolle als Bevollmächtigte der großen französischen und deutschen Banken. Ihr Job war es, die griechische Regierung dazu zu bringen, ihre Bevölkerung ins Elend zu stürzen, wenn es ihnen nötig scheint, um auch den letzten Euro aus dem Volk herauszuholen, wie es die Finanzleute fordern. Für Merkel und Sarkozy ging es darum, die „Märkte“ zu beruhigen. Aber auf der anderen Seite wollten sie keinen Cent ausgeben, während man gar nicht viel brauchte - der Präsident der Europäischen Zentralbank hat mit Überheblichkeit gesagt, dass Griechenland „nur“ 2 % des BIP der Europäischen Union darstellt, mit einer entsprechend doch relativ kleinen Verschuldung – ein leichtes, die Spekulation gegen Griechenland zu beenden und... die gegen den Euro!

Tatsächlich sind seit 2008 überall die Staatsschulden explodiert, mit gewaltigen Zinszahlungen, die noch schneller wachsen, indem sich die ganze Finanzwelt auf diese neu entstehende „Blase“ stürzt. Und die Spekulanten versuchen, die Blase anschwellen zu lassen und setzen auf eine Verschlechterung der finanziellen Lage der Staaten, die sie sich als Zielscheibe ausgesucht haben.

Im Fall Griechenlands hat die spekulative Spirale im letzten Jahr eingesetzt, als der neu gewählte sozialistische Premierminister ankündigte, dass das Haushaltsdefizit doppelt so hoch sei, wie es die vorherige Rechts-Regierung behauptet hatte. Sofort beeilten sich die Besitzer von Staatsobligationen - große Banken, internationale Fond usw., - diese zu verkaufen, weil sie glaubten, dass der Wert der griechischen Staatsanleihen sinken würde. Diese Rette-Sich-Wer-Kann-Aktion verursachte das, was die „Investoren“ behaupteten zu befürchten. Die griechische Regierung, die sich mit ihren Finanzen mehr als erwartet auf dem Trockenen befand, war dringend auf die Fonds angewiesen. Eben da warteten die Spekulanten auf einen Wendepunkt: Weil Griechenlands Gunst bei den Käufern von Staatsanleihen zurückging, verlangten sie für den Kauf von Staatsanleihen, dass der griechische Staat den angebotenen Zinssatz deutlich anhebt. Jede wahre oder falsche Information, jedes Gerücht schwächte das Vertrauen in den griechischen Staat und war für die Spekulanten von Vorteil, weil sie damit den Staat mehr und mehr in die Enge trieben. Das Messer an der Kehle zwingt ihn, den zu zahlenden Zinssatz zu erhöhen. Das ist die Art, wie im Laufe von einigen Wochen die griechischen Staatsanleihen, die sich ursprünglich auf demselben Zinsniveau wie die vom deutschen Staat ausgegebenen Bundesanleihen befanden, zu „brennen“ anfangen. So beträgt der Unterschied zwischen deutschen und griechischen Staatsanleihen heute 4 %, wobei die deutschen Anleihen als Referenz für die Eurozone gelten. Im Fall von Portugal und Spanien hat sich derselbe Spekulationstyp mit einer kleinen Verspätung entwickelt, was sich - vorerst - in einem kleineren Zinsunterschied ihrer Staatsanleihen gegenüber den Bundesanleihen ausdrückt. Aber die Spekulanten haben natürlich keinen Grund, sich damit zu begnügen, weil sie im Laufe von einigen Monaten schon ein überaus gewinnbringendes Ergebnis für sich erhalten haben. Und das nicht nur wegen der steigenden Zinsen. Sondern auch, weil eine ganze Pyramide von „Derivaten“ aufgehäuft wurde, die

rentabler sind als Staatsanleihen selbst, obwohl sie auf der „einfachen“ Spekulation auf griechische, portugiesische oder spanische Staatsschulden aufbauen.

Die Spekulation hat also nicht nur die Eurozone destabilisiert, zu der Griechenland ebenso gehört wie Spanien, Portugal, Irland und Italien, sondern hat auch mehreren europäischen Regierungen schon als Vorwand gedient, um neue Opfer für die Arbeitenden vorzubereiten (Erhöhung des Rentenalters, Lohnstopp, sogar Lohnminderung, neue Einschnitte in den Sozialhaushalten, weiterer Abbau des öffentlichen Dienstes und seiner Versorgungsbetriebe).

Ein Präzedenzfall: das EWS - auch ein Opfer der Spekulanten

Anfang Februar berichtete die Financial Times, dass die Finanzhändler und Hedge-Fonds auf ein Sinken des Euro spekulieren. Im Laufe einer Woche waren 40.000 Verträge für einen Betrag von 8 Milliarden Euro gegen diese Währung angehäuft worden. Man muss sich daher nicht wundern, dass die Analysten von Natixis (Finanzierungsbank und Finanzdienstleister der zweitstärksten französischen Bankengruppe, der BPCE - Volksbanken und Sparkassen), daran erinnern, „dass die Wirtschaftskrise 1992-1993 den Bruch des EWS (Europäisches Währungssystem)“ verursacht hat. Und so liegt die Frage auf der Hand, „ob die gegenwärtige Krise heute die Eurozone zerbrechen könnte.“

Als erster Versuch, das Spiel der nationalen Währungen in Europa ein wenig zu vereinigen, hatte das EWS zu seiner Zeit die Mehrheit der heutigen Euroländer in einem System vereint, das ihnen verbot, über 2,25 % um einen bestimmten Wechselkurs zu schwanken. Ursache war eine Weltwirtschaftskrise, die 1971 mit dem Ende der freien Umtauschbarkeit der Weltleitwährung Dollar in Gold, und dann 1973 mit der Begründung eines Weltsystems einherging, in dem nach Angebot und Nachfrage schwankende Wechselkurse herrschten. Das EWS zielte darauf, ein Minimum an Stabilität der Währungen mindestens innerhalb des „Gemeinsamen Marktes“ (EU-Vorläufer) zu begründen. Es handelte sich darum, verfälschende Abwertungen einer Devisen²¹ zu verbieten, zumindest jedenfalls, die Schäden für den innereuropäischen Wirtschaftsaustausch zu reduzieren.

1992 beschloss Deutschland auf Grund einer starken wirtschaftlichen Verlangsamung, und weil es durch das Aufsaugen der Ex-DDR hohen Ausgaben zu trotzen hatte, seine Zinssätze zu erhöhen. Ziel war, die DM für die Spekulanten anziehender zu machen, also Kapitale anzuziehen. Die französische Regierung ergriff gleichartige Maßnahmen. Die Währungen anderer Mitglieder des EWS, die nicht die Mittel für gleiche Aktionen hatten, wurden dadurch geschwächt und zur Beute für Spekulanten. Ein amerikanischer Finanzguru, George Soros, erwarb dann Weltberühmtheit, als er mit anderen Spekulanten die Abwertung des britischen Pfundes erzwang...durch massive Verkäufe dieser Währung auf den Devisenmärkten.²² Das Pfund brach zusammen und musste aus dem EWS aussteigen,

²¹ Abwertung einer Währung: Das Sinken des Wechselkurses eines Landes, um seine Exporte billiger zu machen und damit auf Kosten der Handelspartner zu „dopen“.

²² Es ist derselbe Spekulationstyp einer Wette „auf das Sinken“ einer Währung, den wir in Griechenland, Spanien, Portugal, usw. sehen können, selbst wenn diese Staaten ihr Geld, den Euro, mit anderen teilen. Täglich werden heutzutage 3 Billionen Dollar an Währungsgeschäften getätigt.

George Soros verkaufte 1992 riesige Mengen britischen Pfunds, die er sich nur geliehen hatte. Damit kaufte er z.B. DM und Franc. Durch den Verkauf sank der Kurs des Pfund, woraufhin andere Devisenhändler ebenfalls massiv Pfund verkauften. Das Ganze wurde zu einer Abwärtsspirale. Als schließlich Soros wieder Pfund einkaufte, um sie an seinen Ver-

gefolgt von der spanischen Peseta, der italienischen Lira....An diesem 16. September 1992, als das Pfund durch die Spekulation abgewertet werden musste, bekam Soros den Spitznamen „der Mann, der die Bank von England zerbrach“ - ein Symbol, weil sie schon 1694 als erste Zentralbank der Welt gegründet wurde. Zehn Monate später kam der französische Franc an die Reihe. Die Bank von Frankreich gab 300 Milliarden Franc aus, ohne dass damit die Spekulation gestoppt werden. Es wurde dann beschlossen, dass die Wechselkurse um 15 % innerhalb des EWS schwanken könnten... Damit war das EWS so gut wie beendet: Diejenigen, die auf seinen Zusammenbruch gespielt hatten, konnten die Dividenden ihrer Spekulation einstreichen (Soros hat eine Milliarde Dollar kassiert, als er gegen das britische Pfund spekulierte. Sein Vermögen wird heute auf 9 Milliarden Dollar geschätzt.)

Der Euro im Visier der Spekulation

Als mehrere europäische Bourgeoisien im Gefolge des EWS-Desasters beschlossen, den Euro zu schaffen, ging es für sie darum, sich mit einem Geldwerkzeug auszustatten, das einen größeren Zusammenhalt in allen oder wenigstens Teilen des „Gemeinsamen Marktes“ gewährleistet. Auf sechzehn von siebenundzwanzig Staaten reduziert, die die Europäische Union²³ zählt, hat die Eurozone ihren Mitgliedern das erspart, was die Wunde der vorhergehenden Periode gewesen war: die dauerhafte Unbeständigkeit der Wechselkurse und der Handelsturbulenzen, die periodisch in Europa²⁴ auftauchen.

Aber die der Eurozone innewohnenden Widersprüche, dieselben, wie jene der Europäischen Union, sind natürlich nicht verschwunden. Diese Widersprüche ergeben sich aus den Interessenkonflikten zwischen den imperialistischen Mächten, insbesondere Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Aber ebenso aus der relativen Schwäche jedes einzelnen imperialistischen Staates, die sie zu einem Minimum an Verständigung zwingt, um angesichts der Giganten auf Weltebene - USA und Japan - weiter bestehen zu können.

Manche dieser europäischen Staaten, nicht alle, waren geneigt, eine gemeinsame Währung zu schaffen, die keine wirklich gemeinsame Währung im engeren Sinne ist. Und eben das ist die schwache Stelle: Damit es ein wirklich gemeinsames Geld gibt, hätte man im Voraus einen einzigen, gemeinsamen Staat gebraucht (wie z.B. die USA) mit dem Euro als Währung. Ein solcher Staat Europa existiert aber nicht.

Diese angeborene Schwäche des Euros äußert sich auf viele Arten, was ihn der Spekulation gegenüber verletzbarer macht als z.B. den Dollar. So ist es der Europäischen Zentralbank (EZB) verboten, wie die amerikanische FED handeln zu können. Die hat die Möglichkeit, Anteile der Staatsschuld

leiher zurückzugeben, war der Wert so gesunken, dass er sich die Differenz einstreichen konnte... ein Milliardengewinn!

²³ Großbritannien, Dänemark und Schweden haben sich entschieden, abseits vom Euro zu bleiben, weil sie glauben, außerhalb der Eurozone mehr Vorteile zu haben. Die Staaten Osteuropas hatten keine Wahl, da der Euro eine der Bedingungen für ihren Beitritt zur EU war. Wenn sie noch keinen Euro als Währung haben, dann weil ihre Staatsverschuldung den „Kriterien von Maastricht“ nicht entsprechen, von denen man nun sieht, dass sie nicht alle Staaten in gleicher Weise betreffen!

²⁴ Island, durch die Krise von 2008 Opfer eines Finanzkrachs oder Dänemark, das durch die Spekulation angegriffen ist, scheinen die Tatsache zu überdenken, außerhalb des Euros geblieben zu sein. Obwohl die Schläge, die die Spekulanten in Griechenland und anderswo austeilen, daran erinnern, dass der Euro kein Wundermittel ist.

wieder zukaufen. Es geht darum, dass die FED an einen einzigen Staat, die USA, mit einer amerikanischen Kapitalistenklasse angelehnt ist, die diesen Staat als ihren Staat erkennt. Die EZB jedoch, die als Garant der „gemeinsamen Währung“ auftritt, repräsentiert aber keinen gemeinsamen europäischen Staat, sondern sie muss mit den unterschiedlichen und zum Teil gegensätzlichen und miteinander rivalisierenden Staatsinteressen auskommen.

Selbstverständlich versucht die EZB angesichts eines jeden Problems, wie andere so genannte europäische Institutionen, dies und das zu tun, was gewissermaßen der gemeinsame kleinste Nenner der europäischen Mächten ist. Aber es gibt keine gemeinsame Nenner sein kann.. Aber niemand hat die die Gewissheit, das sich ein solcher gemeinsamer Nenner immer sich finden lässt.

Für die Kapitalisten, die sich mit der Europäischen Union vor achtzehn Jahren in Maastricht für den gemeinsamen Euro auf Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners entschieden, ging es darum, den Güterverkehr zwischen den Ländern zu erleichtern. Ebenso erlaubt dieser Euro, der stark von der EZB, das heißt von Deutschland und Frankreich gewollt ist, den imperialistischen Staaten der Eurozone wegen des für den Euro, günstigen Wechselkurses , ihre Kapitale leichter auszuführen. Das erleichtert es den Unternehmen, in Amerika und anderen Teilen der Welt, wo der Dollar Leitwährung ist, günstiger einkaufen zu können.

Diese Situation ist günstig für die großen europäischen Bankenkonzerne. Aber sie setzt voraus, dass als Ausgleich für ihren Kapitalexport die Eurozone andere Kapitale anzieht. Dafür ist eine hohe Zinspolitik der EZB nötig, mit immer etwas höheren Zinssätzen, als sie die us-amerikanische FED angibt. Die FED braucht das nicht, um einen guten Teil des Weltkapitals auf der Suche nach starken Erträgen anzuziehen. Es genügt der FED, die Garantie der mächtigsten Weltmacht anzubieten. Man hat in diesen letzten Wochen einen neuen Beweis davon präsentiert bekommen, wenn man die in gewissen Ländern der Eurozone wütende Spekulation gegen den Euro sieht, die nach Aussage eines dänischen Bankiers zu „einer planetarischen Flucht in den Dollar und die vom amerikanischen Staat ausgegebenen Obligationen geführt hat“.

Könnte diese Spekulation Länder zwingen, die Eurozone zu verlassen, wie andere oder dieselben gezwungen waren, das EWS zu verlassen? Die Zukunft wird es zeigen. Nichts kann das eine wie das andere sicher ausschließen. Was wir derzeit erleben, ist ein Beispiel des nationalen Egoismus der Großmächte, wenn die Europäische Union verspricht, Griechenland zu helfen, dann nämlich nur unter der Bedingung, dass dies Deutschland, Frankreich und England nichts kostet. Für jetzt kann man zumindest feststellen, dass mächtige finanzielle Interessen gegen Länder wie Griechenland, Spanien oder Portugal gespielt haben, die gezwungen sind, sich mit stetig höheren Zinssätzen auf den internationalen Märkten immer wieder zu finanzieren und dass sie die gemeinsame Währung Euro geschwächt haben.

Der Euro, der vor 9 Monaten auf den Devisenmärkten 1,50 Dollar überschritten hatte, hat seitdem mehr als 10 % seines Wertes verloren. Dies kann in den Ländern der Eurozone fast unbemerkt geblieben sein, da sich 80 % des Austausches innerhalb dieser Zone vollziehen. Aber diese anderen 10 % und etwas mehr stellen sagenhafte Gewinne für diejenigen dar, die man sich normaler Weise nicht als Spekulanten vorstellt, während sie doch zu den wichtigsten Spekulanten gehören: Das sind

die Großunternehmen,²⁵ die Tochterfirmen oder einfach Geschäftspartner in allen Ecken und Enden der Welt haben, und die ständig mit den Wechselkursen für Milliarden Dollar, Yen, Euro, Pfund usw. jonglieren. Es gibt selbstverständlich die großen Banken, und die Währungsspekulationen sind einer ihrer Existenzberechtigungen. Aber es sind auch die großen Versicherungsgesellschaften, deren finanziellen Tätigkeiten sich kaum mehr von denjenigen der Banken unterscheiden...

Und natürlich gibt es all diese Hedge-Fonds, diese spekulativen Fonds. Etwa 10.000 gibt es in der Welt. Und nicht alle sind angelsächsisch, wie uns Politiker und Massenmedien weiszumachen versuchen. Das ist genauso wenig wahr, wie die Behauptung, dass alle die spekulativen Angriffe von Ländern außerhalb der Eurozone kommen, was weit von der Realität entfernt ist.

Es ist eine schwierige Sache zu bestimmen, zu welchem Land die Hedge-Fonds gehören. Eine große Zahl von ihnen hat ihren Sitz in Steuerparadiesen. Mit anderen Worten nirgends, denn nach Sarkozys und Merkels Behauptungen seien sie ja verschwunden! Man weiß nur, dass diese Hedge-Fonds, wenn sie kein direkter Ausdruck europäischer, amerikanischer oder asiatischer Bankkonzerne sind, kolossale Summen verwalten, die andere große Gruppen ihnen anvertrauen, damit sie sehr schnell und sehr viel Profit erbringen.

Wenn die Produktion zurückgeht, wenn die Welt in der Krise versinkt, dann können finanzielle Erträge von 15 % oder mehr nur aus Finanzspekulationen stammen. Dies hatte ja auch einen echten Ansturm aller Sektoren des Weltkapitalismus auf die Subprimes und ihre „Derivate“ verursacht. Mit all den Folgen, die man kennt.

Dasselbe Phänomen wiederholt sich jetzt mit den Staatsschulden und Devisen, wie beispielsweise dem Euro. Und es sind dieselben Ursachen. Hinzu kommt die Tatsache, dass der Euro die Währung eines großen wirtschaftlichen und menschlichen Zusammenschlusses ist, der ein politischer Zwerg bleibt, der sich weniger gegen Spekulation wehren kann als andere Währungen von Weltstatus.

Eine Spekulation, die Bomben mit Zeitzündern streut

Was auch immer die französische Wirtschaftsministerin Lagarde sagen mag, wenn sie behauptet, dass der Wertverlust des Euros eine „Verbesserung“ für die Exportindustrien der Eurozone bedeutet, da ihre nun weniger teuren Produkte leichter in den Dollarraum vordringen können. Weniger sicher ist, dass die großen europäischen Bankkonzerne diesen Zweckoptimismus teilen. Außerdem besteht das Risiko, dass der Euro durch die Absenkung seines Wertes für Kapitalbesitzer weniger attraktiv ist, denen nun rentable Anlagemöglichkeiten fehlen. Das zwingt die EZB, ihre Leitzätze zu erhöhen, damit die Kapitalbesitzer ihr Vermögen in Euro platzieren. Doch für Unternehmen wird es schwieriger, da ihnen der Zugang zu Krediten erschwert wird, ebenso wie für diejenigen, die sie zum Spekulieren benutzen.

Es hat keinen Sinn, Vorhersagen zu versuchen, ob sich der Euro diesen Spannungen widersetzen

²⁵ Vgl. das viel zitierte „Siemens, die Bank mit der großen Elektroabteilung“ (Notiz des Übersetzers). Industrieunternehmen haben sich längst zu Banken mit angeschlossener Produktionsabteilung gewandelt. Beispiele sind auch die Autokonzerne, die über eigene Bankentöchter verfügen, wie die Fiat Bank oder Volkswagen Bank. Porsche machte im Geschäftsjahr 2007/2008 insgesamt 8,6 Milliarden Euro Gewinn, davon 7,6 Milliarden Euro durch Wertpapiergeschäfte.

kann... anders ist es natürlich für diejenigen, die mit sehr großen Summen auf seine Entwicklung wetten.

Seit Monaten setzen Kreise des amerikanischen und europäischen Finanzwesens und andere Finanzleute mit riesigen Kapitalsummen auf ein neues Sinken des Euro-Kurses. Diese Finanzleute haben schon riesige Gewinne in diesem Spielcasino eingestrichen, wozu ihnen das Budget der Staaten als Spielmarke dient.

Das Risiko, dass diese Spekulation zu einem etatmäßigen Einbruch bei diesem oder jenem Staat führen wird, kennen wir nicht. Den Spekulanten bedeutet es wenig, weil sie Obligationen, Schatzanweisungen und andere griechische, spanische oder andere Staatsschuld-Titel als „Leerverkauf“²⁶ verkaufen können, gut berechnend, dass das Sinken dieser Finanztitel ihnen viel Gewinn einbringen wird.

Natürlich ist es dafür nötig, dass der Kurs der Finanztitel sinkt, und dass sich die Bewertung und die Situation des die Titel ausgebenden Staates in den Augen der „Märkte“ verschlechtert. Je mehr sich die Spekulation entwickelt, desto mehr verschlechtert sich die finanzielle Lage des Staates, auf den sie abzielt, und desto mehr zieht das andere Finanzhaie an, die Blut und Profit gerochen haben. Selbstverständlich ignoriert niemand, dass dieser Prozess nicht ewig dauern kann. Die Spekulanten wissen gut, dass je mehr ihre Spekulation zunimmt, desto größer das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit des Staates wird, den sie plündern. Das ist auch der Grund, warum sie gleichzeitig versuchen, möglichst schnell die Finanztitel des griechischen oder spanischen Staates loszuwerden, die sie gerade gekauft haben, um so im Vorbeigehen einen großen Gewinn zu realisieren. Die Spekulanten versuchen auch, auf dem Markt für Finanztitel wie etwa die „credit default swaps“ (CDS), Gewinne einzusacken. Das ist eine Art Versicherung gegen die Zahlungsunfähigkeit eines Kreditnehmers, sei es ein Unternehmen oder ein Staat. Die CDS sind tatsächlich „Derivatprodukte“ der spekulativen Blase auf die Staatsschulden. Ihre Entstehung und ihr Wuchern haben dieselben Gründe, die man vor 2008 beobachten konnte, als die amerikanischen „faulen“ Immobilienkredite zur Schaffung zahlreicher überaus riskanter „Derivate“ geführt hatten. Darunter waren auch schon diese CDS, die die Finanzkreise wegen ihren hohen Erträge begeisterten, bis die Blase 2007 explodierte und sich dann 2008 in die Weltfinanzkrise verwandelte.

Im vorliegenden Fall garantieren die CDS im Prinzip, dass das Finanzinstitut, das die CDS verkauft, im Fall der Zahlungsunfähigkeit eines Staates den Verlust²⁷ ersetzt. Aber diese Garantie ist sehr theoretisch. In erster Linie, weil wahrscheinlich kein Geldinstitut im Falle des Bankrotts eines oder mehrerer Staaten standhalten könnte, weil die Geldsummen im „Spiel“ einfach zu gigantisch sind. In diesem Sinne kann man sie so bezeichnen, wie es der Ökonom Paul Jorion tut: Es sind „Zeitbomben, die den Einbruch des Finanzwesens in seiner Gesamtheit zu stürzen, beschleunigen“. Und man

²⁶ Leerverkauf: Verkauf eines Finanzprodukts (Devisen, Aktie, Obligation usw.), das man nicht besitzt und von dem man hofft, ihn später zu einem niedrigeren Kurs wieder kaufen zu können. Der Unterschied zwischen Verkaufs- und Kaufpreis bildet den Gewinn des Spekulanten, wenn der Kurs des Titels gesunken ist. Von dort kommt aktuell der spekulative Druck auf gewisse Finanztitel wie Staatsschulden und Währungen.

²⁷ 2002 hatte Goldman Sachs der griechischen Regierung geholfen, mit fiktiven Wechselkursgeschäften im Wert von zehn Milliarden Dollar einen Teil seiner Staatsschuld zu tarnen. Für sich selbst hat Goldman Sachs – wie eine Versicherung – ein CDS für eine Milliarde Dollar unterschrieben!

muss daran erinnern, dass der größte Versicherer der Welt, die American Insurance Group (AIG), genau während der Krise von 2007-2008 Pleite gegangen ist, weil es wie andere auch, CDS an die viertgrößte Geschäftsbank von Wall Street, Lehman Brothers, als wenig riskant verkauft hatte. Der Zusammenbruch von Lehman Brother war eine der bedeutendsten Episoden, der verallgemeinerten Finanzkrise. Seitdem hat das Volumen der im Verkehr befindlichen CDS nicht aufgehört zu wachsen, besonders mit der Spekulation auf die Staatsschulden und auf den Fall des Euros.

Denn was sie vorantreibt, ist nicht so sehr das Risiko, das sie abdecken sollen, sondern vielmehr die Gewinne, die diese hoch spekulativen „Derivate“ verschaffen. Man schätzt, dass diese CDS und sonstigen „Derivate“ ähnlicher Art mit ihrem Multiplikatoreffekt insbesondere in der Spekulation um die Staatsschulden das Zwanzig- bis Dreißigfache des ursprünglichen Einsatzes einbringen können. Welcher Spekulant, welcher Fonds-Manager, welcher Finanzdirektor einer großen Gruppe wird sich solchen Gewinnerwartungen widersetzen! So sind die Zinssätze, die der griechische Staat denjenigen verspricht, die seine Obligationen kaufen - doppelt so hoch wie diejenigen, die der deutsche Staat anbietet - nichts im Vergleich zu solchen Gewinnen, die CDS und andere Finanztitel abwerfen. Die Spekulation neigt dazu, sich durch sich selbst und für sich selbst zu immer weiter zu entwickeln. So dass die Beziehungen zur Produktion materieller Güter immer dünner werden - und das ist charakteristisch für die gegenwärtige Krisenperiode!

Soweit man über zuverlässige Statistiken verfügt, schätzt man, dass das ausstehende Volumen der CDS nicht zu wachsen aufhört. Ende 2009 hatte es den Wert von 55.000 Milliarden Dollar erreicht. Das ist fast das Doppelte der geschätzten Staatsschulden (30.000 Milliarden Dollar) der sieben reichsten Länder des Planeten. Das ist eine höhere Summe, als die Summe aller Staatsschulden der Welt!²⁸

Eine solche schwindelerregende Größenordnung gibt eine Idee vom immer parasitäreren Charakter des kapitalistischen Weltsystems. Um ununterbrochene Gewinne für einige Tausend großer Unternehmensgruppen und ihren Aktieninhabern zu gewährleisten, ist eine Unzahl auf das Spekulieren spezialisierter Institutionen jeder Größenordnung aktiv. Sie sind bereit, ganze Länder auf den Knie zu zwingen, ihre Bevölkerungen ins Elend zu stürzen, Staaten bankrott gehen zu lassen, ja sogar die Eurozone platzen zu lassen, die fast eine halb Milliarde Einwohner und einige der am höchsten entwickelten Volkswirtschaften der Welt ausmacht.

Sicher, das Drehbuch für das schlimmste Szenario ist noch nicht geschrieben. Aber der unersättliche Durst nach Gewinnen und die grenzenlose Unverantwortlichkeit derjenigen, die das kapitalistische System leiten, lässt für die Menschheit Schlimmes befürchten... wenn man sie nicht rechtzeitig daran hindert, weitere Schäden anzurichten, also wenn man die Finanzleute der ganzen Welt nicht alle enteignet.

25.02.2010

²⁸ Die Staatsschulden aller Staaten der Welt erreichen eine Gesamtsumme von 49.500 Milliarden Dollar - das ist drei Mal mehr als das Bruttoinlandsprodukt der USA!

